

## Deutsch-amerikanische Konferenz in Princeton

# Die Routine eines Konfliktes

## Gesittete Gespräche über die Kluft zwischen den Kontinenten / Von Josef Joffe

A311B09

31  
Princeton, im März  
Es gibt nur wenige Redner, bei denen eine Vorstellung so überflüssig wäre wie bei mir. Doch es gibt niemanden, der sie mehr genießt als ich.“ Also sprach Henry Kissinger, der nach Princeton gekommen war, um die 120 Teilnehmer der elften deutsch-amerikanischen Konferenz auf ihre Wochenendarbeit einzustimmen. Die Gäste — eine wohlsortierte Mischung aus Politik, Wirtschaft, Bürokratie und Publizistik — quittierten die vertrauten ironischen Selbstbespiegelungen des Ex-Außenministers mit geziemendem Applaus; sie wurden zusehends schweigsamer, als Kissinger mit gravitätischen Ermahnungen die Konfliktlinien zwischen den beiden Ländern vorzuzeichnen begann.

Amerikas alte Vorherrschaft — so der Staatsmann auf Abruf — sei unwiederbringlich dahin; doch die Europäer erlaubten sich noch immer den Luxus, den Amerikanern die Bürde der gemeinsamen Verteidigung zu überlassen, während sie sich selbst gegenüber dem Osten auf „Konzilianz spezialisierten“. Die Bedrohung außerhalb der klassischen Bündnisgrenzen sei dramatisch gewachsen; wie sollten da die Vereinigten Staaten ihre Truppenstärken in Europa aufrechterhalten, wenn ihnen die Unterstützung in jenen Gebieten versagt wird, welche auch die Europäer als lebenswichtig bezeichnen? Zwar könne auch die Reagan-Regierung Verhandlungen mit den Sowjets nicht auf Dauer vermeiden. Andererseits betrachten viele Europäer die Entspannung als eine Art psychotherapeutische Übung — als ob die ensige Demonstration guten Willens alle Schwierigkeiten ausräumen könne“.

Indes: Der große Krach wie auf der letzten Princeton-Konferenz vor vier Jahren blieb aus. Es fehlte der Zündstoff, den die frisch installierte Carter-Administration zum Auftakt des deutsch-amerikanischen Treffens im März 1977 aufgeschichtet hatte. Die Botschafter des neuen Präsidenten waren damals nach Bonn und Brasília ausgeschwärmt, um das „Exportgeschäft des Jahrhunderts“ zu Fall zu bringen: ein Acht-Milliarden-Mark-Paket für die Kernenergieerzeugung, das geeignet erschien, Brasilien den Weg zur Atombombe zu ebnet.

Diesmal hatten die Deutschen Glück. Zwei Monate nach der Amtsübernahme sind die Wahlsieger von 1980 noch immer viel zu sehr mit sich selber beschäftigt, um die Verbündeten in harte Zucht zu nehmen. Hinter den Fassaden der Regierungsmacht tobt ein verbissener Kampf um die Macht in der Regierung; zwischen den Bannerträgern der konservativen Erneuerung, die sich um den lang ersehnten Triumph geprellt sehen, und den „Gemäßigten“, die vorläufig die Spitzenpositionen in der Verwaltung besetzt hal-

ten; zwischen den Ressortchefs im Pentagon und State Department, denen Reagan nie gekannte Machtfülle versprochen hat, und den Funktionären im Nationalen Sicherheitsrat, die hartnäckig um jeden Zoll scheinbar verlorenen Bodens ringen.

Jüngstes Beispiel: Pünktlich zum Beginn der fünften Konferenz berichtete die *New York Times* von einem Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrates, dem Harvard-Professor Richard Pipes, der Außenminister Genscher „Selbst-Finlandisierungstendenzen“ nachgesagt haben soll. (Pipes in Princeton zur *ZEIT*: „Falschmeldung.“) Tags drauf wurde er von höherer Stelle im Weißen Haus und vom State Department gemaßregelt. Wiederum einen Tag später schlug sein Chef, Reagans Sicherheitsberater Richard Allen, zurück: Auch er sei besorgt über „pazifistische Stimmungen“ in Europa und den Versuch, „Rüstungskontrolle als Ersatz für militärische Stärke anzupreisen“. Ein amerikanischer Teilnehmer der Princeton-Tagung: „Im Vergleich zum Reagan-Team erscheint die Carter-Administration wie ein Ausbund an Disziplin und Professionalität.“

Während draußen der Kleinkrieg der schrillen Worte seinen gewohnten Lauf nahm, blieb es drinnen, in den Seminarräumen der „Woodrow-Wilson-School“ (ein kühler Bau mit streng-verspielten Proportionen, Stilrichtung „japanische Gotik“) gelassen, gesittet, ja freundschaftlich. Dies lag zum einen an der Beschäftigung mit Problemen, die seit Afghanistan zum vertrauten Standardrepertoire westlicher Debatten gehören: Die Ausweitung der Bündnisverantwortung über die klassischen Nato-Grenzen hinweg, die Umschichtung der Verteidigungslasten zwischen Europa und Amerika, die richtige Mischung zwischen Entspannung und Rüstung, zwischen Verhandlung und Verhärtung.

Die Kluft zwischen den beiden Kontinenten ist kaum schmaler geworden, seit Jimmy Carter im Vorjahr auf Konfrontationskurs zu den Sowjets gegangen ist, aber der Streit wird inzwischen eine Tonlage tiefer ausgetragen. Der Konflikt wurde routinisiert. Hinzu kommt, daß die künftige Politik Washingtons bislang noch im Nebel widerstreitender Rhetorik verschwimmt und die Europäer auf das Prinzip Hoffnung setzen: Al Haig, „unser“ Außenminister, wird sich schon irgendwie durchsetzen.

Zum zweiten ließ sich auch ein Lernprozeß nicht vermeiden. In den Worten des Deutschland-Spezialisten Guido Goldman: „Zwar sind die Probleme gewachsen, doch inzwischen hat sich auch unsere Verständigung verbessert.“ Der Berliner Professor Richard Löwenthal, beileibe kein kalter Krieger, warnte die Princeton-Versamm-

Quelle

Datum

2

A311B10

lung: „Das militärische Gleichgewicht hat sich zu unseren Ungunsten verändert, die Lage verschlimmert sich weiter, das Gleichgewicht muß wiederhergestellt werden.“

Im Prinzip herrschte denn auch holde Eintracht zwischen Deutschen und Amerikanern: Das militärische Gleichgewicht, Unterpfand jeglicher Entspannungspolitik, wird durch den schier unaufhaltsamen sowjetischen Vormarsch auf allen Gebieten der Rüstung ernsthaft bedroht; der Westen muß reagieren. Der Streit ging — wie immer — um das „Wie“. „Ich sehe nicht ein“, so ein deutscher Gast, „warum der Aufbau militärischer Stärke im Widerspruch zu politischen Verhandlungen stehen sollte.“ In der Tat herrscht in Washington zur Zeit wenig Bereitschaft, mit den Sowjets ins Gespräch zu kommen. Die Devise, wenn auch vorbrämt und verklaustriert, lautet: erst rüsten, dann reden. Sie entspricht dem Katechismus der neuen Reagan-Administration; sie scheint auch getreulich die Stimmung des Wahlvolkes widerzuspiegeln.

Ganz anders in der Bundesrepublik, wo pazifistische und neutralistische Sentimente an Boden zu gewinnen scheinen. Auch in dieser Diagnose sah man sich einig — Amerikaner wie Deutsche, Konservative wie Sozialdemokraten. Nur: Was tun? Ein erzürnter Teilnehmer: „Wir brauchen keine Attacken Allens. Nur eine enge Zusammenarbeit kann uns helfen, mit Antiamerikanismus und Pazifismus in unserem Lande fertig zu werden.“ Und der sozialdemokratische Abgeordnete Peter Corterier: „Leichtsinnige Sprüche über Neutronenbomben und chemische Waffen auf deutschem Boden, wie wir sie jüngst aus Washington gehört haben, werden bloß die Nachrüstung gefährden und die neutralistische Stimmung anheizen.“ Fazit des Harvard-Professors Stanley Hoffmann: „Wir müssen verhindern, daß sich die Extremisten auf beiden Seiten gegenseitig hochschaukeln und legitimieren. Wir brauchen eine gemeinsame Strategie.“

Gewiß, und wenn nur die neue Mannschaft im State Department das Sagen hätte, könnten die Europäer frohen Mutes in die gemeinsame Zukunft mit Ronald Reagan sehen. Ein hoher Beamter des Außenministeriums: „Unser enges Verhältnis zur Bundesrepublik ist der Schlüssel zu unserer europäischen Politik. Wir werden Westeuropa überzeugen müssen, daß wir eine stete Außenpolitik ohne Überraschungen führen werden, und wir werden die Europäer konsultieren. Ich weiß, daß sie derlei Gelübde seit zwanzig Jahren zu hören bekommen. Aber wir meinen es ernst. Wir werden auf sie hören.“ Der Spitzenbeamte, ein „Gemäßigter“ und Vertrauter von Alexander Haig, wartet noch immer auf seine Amtsbestätigung durch den Senat. 4